

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1891

13.6.1891 (No. 159)

Karlsruher Zeitung.

Samstag, 13. Juni.

Nr. 159.

Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Vorauszahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfennige. Briefe und Gelber frei.

1891.

Ämtlicher Theil.

Seine Königliche Hoheit der **Großherzog** haben unter'm 4. Juni d. J. gnädigst geruht, an Stelle des verstorbenen Geheimen Finanzraths Kirch den Geheimen Ober-Finanzrath Zittel zum Mitgliede des Disziplinarhofs für den Rest der laufenden dreijährigen Dienstperiode zu ernennen.

Nichtämtlicher Theil.

Karlsruhe, den 12. Juni.

Die portugiesische Regierung hat in jüngster Zeit nach zwei Richtungen hin dringliche und schwierige Aufgaben erfolgreich gelöst. Das Abkommen mit England ist glücklich unter Dach gebracht; weder in der Deputirtenkammer noch im Senat erhob sich ernstlicher Widerstand gegen das Abkommen, das, wie man auch seine Einzelheiten beurtheilen mag, als Ganzes doch jedenfalls einer Erneuerung der Freundschaft zwischen den portugiesischen Anwohnern und der Englisch-Südafrikanischen Gesellschaft vorzuziehen ist. Der Finanzminister Mariano Carvalho ist zufrieden aus Paris zurückgekehrt und die dort von ihm abgeschlossenen Verbindungen ermöglichen es hoffentlich, die finanzpolitischen Zustände Portugals wieder in Ordnung zu bringen. Nach einem Lissaboner Bericht der „Pol. Corr.“ hat das neue Cabinet d'Almeida e Sousa in der kurzen Zeit seines Bestandes die Sympathien aller monarchistischen Parteien zu gewinnen verstanden. Am wesentlichsten haben hierzu die Bemühungen beigetragen, welche der Finanzminister Mariano Carvalho nicht ohne Erfolg aufgewendet hat, um die zerrütteten Staatsfinanzen wieder herzustellen. Herr Carvalho hat dadurch seinen Ruf eines ebenso intelligenten als rührigen und auskunftsmittelreichen Finanzmannes gerechtfertigt, der auch die Kolonialangelegenheiten aus eigener Anschauung kennt. Neben Herrn Carvalho ist wohl der Minister des Innern, Lopo Vaz, die markanteste Figur des gegenwärtigen Kabinetts; derselbe war als Justizminister im vorigen Jahre der Urheber der scharfen Gesetze gegen die Presse und die republikanischen Umtriebe. Der Minister des Meeres, Conde de Balbon, ein hochbetagter Mann, hatte wohl in früheren Zeiten als Finanz- und Kriegsminister eine Rolle im politischen Leben Portugals gespielt, ist aber seit 20 Jahren bloß im auswärtigen diplomatischen Dienste als Gesandter in Madrid und Paris thätig gewesen.

Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht folgenden Bericht: Die Durchführung des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes ist in einen neuen bedeutungsvollen Abschnitt eingetreten: Das Reichsversicherungsamt, Abtheilung für Invaliditäts- und Altersversicherung, hielt heute (Donnerstag) seine erste öffentliche Sitzung ab, um als Revisionsinstanz über Entscheidungen der Schiedsgerichte zu befinden.

Bildende Kunst.

W. L. Wenn in einer Stadt ein ausgezeichnetes Kunstwerk öffentlich aufgestellt wird, und wenn dasselbe obendrein die Stiftung eines patriotischen Bürgers ist, so ziemt es sich wohl für die Presse, einem solchen Werke öffentlich gerecht zu werden. Handelt es sich vollends um ein plastisches Werk, so ist eine Würdigung um so mehr am Plage, als das Verständnis dieser edlen Kunst in den Kreisen der Gebildeten, wenigstens in Deutschland, außerordentlich vereinzelt angetroffen wird. Selbstverständlich meine ich die Gruppe der Bildhauer Weltering, ein Werk, das unbedingt zu den schönsten und edelsten Schöpfungen gehört, welche die Idealplastik neuerdings irgendwo hervorgebracht hat. Schon von weitem entzückt die Gruppe durch ihren glücklichen pyramidalen Aufbau, der in der fein bewegten Gestalt der auf dem Gipfel der Felsmassen stehenden Nymphe seine Krönung erhält. Wie edel ist diese liebliche Figur durchgebildet, wie anmuthig im Linienspiel, wie elegant in der Silhouette, und zwar von welcher Seite man sie immer betrachten mag! Wie sie leicht vornübergebeugt dem Echo lauscht, das sie mit einem Ton aus ihrer Mäusel geweckt hat, und wie das Gesichtchen voll lebendigen Ausdrucks ist, das muß Jedermann entzücken. Nicht minder fesselnd sind ihre beiden Schwestern, die in verschiedenen Stellungen und an entgegengesetzten Seiten der Felsen gelagert sind. Wohliges Behagen in freier Natur, in der Nähe des belaubten Elementes, spricht aus ihren heiter bewegten Zügen. Der Künstler hat durch Vertiefung der Augäpfel all diesen reizenden Gesichtern den Ausdruck frischen Empfindens verliehen. Noch sei auf die köstliche Freiheit hingewiesen, mit welcher er das Haar behandelt hat.

Verbunden wird nun aber diese Hauptgruppe und gesteigert das Lebensgefühl durch die reizenden Kinder, welche in muthwilligem Spiel die Hauptgestalten begleiten. Auch hier hat der Künstler durch Mannigfaltigkeit der Motive den höchsten Reiz erreicht. Die menschliche Gestalt im lieblichen Kinderkörper wie

Der Präsident des Reichsversicherungsamts Dr. Bödiker, eröffnete die Verhandlung durch folgende Ansprache:

„Meine Herren! Auf Grund des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes soll hier heute zum ersten Mal in der Revisionsinstanz Recht gesprochen werden. Am 1. Januar dieses Jahres in Kraft getreten, hat das Gesetz bis jetzt 75 000 Personen in den Besitz von Altersrenten gelangen lassen, 33 300 Altersrentenanträge befinden sich noch in der Schwebe und 12 000 Anträge, das ist nicht ganz der siebente Theil der überhaupt erledigten Anträge, wurden abgelehnt. Jeder Monat wird demnach etwa 3 000 neue Altersrentenanträge bringen und an Invalidenrenten werden später monatlich etwa 13 000 zu bewilligen sein.“

Seit einem Vierteljahre sind die Invaliditäts- und Altersversicherungs-Schiedsgerichte theils auf Anrufen der Rentenwärter, theils auf Berufung der Staatskommissare thätig, während das Reichsversicherungsamt seit etwa zwei Monaten mit Revisionsanträgen (12 aus dem Monat April, 31 aus dem Monat Mai und 26 aus dem ersten Drittel des laufenden Monats) befaßt ist. Es ließ sich ermöglichen, dreizehn von diesen Anträgen durch beschleunigte Herbeiziehung der Akten und Herbeiführung des erforderlichen Schriftwechsels unter den Parteien so zeitig spruchreif zu machen, daß mit deren Verhandlung bereits gegenwärtig die Revisionsrechtspflege eröffnet werden kann. Damit wäre denn das letzte Glied in die Kette eingefügt, und den mit Tausenden von Kräften arbeitenden Organismus, in welchem Berufs- und Ehrenämter, staatliche Verwaltung, Selbstverwaltung und Justiz innig verflochten sind, sehen wir vor uns in voller Thätigkeit.

Wenn aus dem bisher Erreichten auf die weitere Gestaltung der Dinge geschlossen werden mag, so dürfen wir hoffnungsvoll in die Zukunft blicken. So schwer auch die Aufgabe ist, welche sich das Reich in diesen Gesetzen, zum Schutze des sozialen Friedens, angelegt hat, sie wird von vielen Millionen Schultern gemeinsam, mit Spannung getragen, — und so sehr auch die Meinungen über die beste Art der Ausführung auseinander gehen, zur Zeit arbeitet die ganze Nation an der ihr gestellten großen Aufgabe mit. Insbesondere werden in den Kreisen der Arbeiterbevölkerung, wie die dem Reichsversicherungsamt vorliegenden Berichte und Eingaben darthun, trotz der auch sie treffenden Last die Vorteile des Gesetzes mehr und mehr erkannt und dessen wohlthätiger Einfluß schon jetzt verspürt.

Diese Gewißheit mag den hier tagenden Revisionskammern die Bürde der Verantwortung erleichtern, wenn sie manchen schwierigen Streitfall zu entscheiden, in manchen zweifelhaften Fragen den Willen des Gesetzgebers erst noch werden zu ergäuben und festzustellen haben. Kommen ihnen hierbei schon die auf dem Gebiete der Unfallversicherung gesammelten Erfahrungen zu statten, so müssen sie auf dem dort beschrittenen Wege der Verbindung von Gerechtigkeit und Billigkeit durch die Erklärungen festgehalten werden, welche wiederholt, insbesondere noch ganz kürzlich von Seiten der hohen verbündeten Regierungen und des Reichstags über die Tendenz des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes abgegeben worden sind; und vollends hat unser Allergnädigster Kaiser und Herr seinen Zweifel über die Richtung stehen lassen, welche er auf dem Felde der Arbeiterfürsorge innegehalten zu sehen wünscht.

So möge denn die Rechtsprechung des Reichsversicherungsamts alle Zeit von dem rechten Geiste belebt sein, damit es das Vertrauen rechtfertige, welches ihm durch die Uebertragung der obersten Jurisdiktion in Invaliditäts- und Altersversicherungssachen bewiesen worden ist, und damit es an seinem Theil dazu beitrage, die sozialpolitische Gesetzgebung des Reichs zu einem immer

fechteren und segensreicheren Bande der Rechts- und Reichseinheit zu gestalten.

Unter dem Vorsitz des Präsidenten Dr. Bödiker trat darauf die Revisionsprüfkammer, welche mit dem von dem Bundesrath aus seiner Mitte gewählten nichtständigen Mitgliede des Reichsversicherungsamts, Königlich sächsischen Geheimen Regierungsrath Bodel, den ständigen Mitgliedern Dr. Kaufmann und Dr. Gerstel, dem richterlichen Mitgliede, Kammergerichtsrath Geheimen Justizrath Bauck und den als Vertreter der Arbeitgeber und der Versicherten gewählten nichtständigen Mitgliedern Maack-Rostock und Nestorff-Hamburg besetzt war, in die Verhandlung der zur Entscheidung stehenden Fälle ein. Es standen an zwei Revisionsfällen gegen die Versicherungsanstalt Baden, vier Revisionsfällen gegen die Versicherungsanstalt Berlin. An der Verhandlung der letztgedachten Revisionen nahm der Staatskommissar für die Versicherungsanstalt Berlin, Regierungsrath Dr. v. Sybel, Theil.

Die Revisionsitzungen werden morgen unter dem Vorsitz des Direktors im Reichsversicherungsamt, Gaebel, fortgesetzt werden.

Den Verhandlungen wohnten u. A. auch die von der schweizerischen Regierung zum Studium der deutschen Unfall- und Krankenversicherungs-Einrichtungen nach Deutschland gesandten Delegationen bei.

Deutschland.

* Berlin, 11. Juni. Seine Majestät der Kaiser wohnte heute Vormittag der Besichtigung der zur Zeit eingezogenen Übungsmannschaften der hiesigen Garde-Infanterieregimenter auf der Westseite des Tempelhofer Feldes bei. Am Nachmittag nahm der Monarch am Offizierschießen auf den festlich geschmückten Schießständen des 4. Garde-regiments zu Fuß Theil.

— Wie der „Polit. Korresp.“ aus Petersburg gemeldet wird, würde der Kaiser von Rußland auf der Rückreise von Dänemark dem Deutschen Kaiser in Berlin oder Potsdam einen Gegenbesuch abstatten. (Es heißt nämlich, der Kaiser und die Kaiserin von Rußland werden nach Beendigung kurzer Waffenübungen im Lager von Krasnoje Selo ihre silberne Hochzeit in Dänemark feiern.)

— Dem Vernehmen nach ist der Leiter der Kolonialabtheilung des Auswärtigen Amtes, Geh. Legationsrath Dr. Kayser, zum Wirklichen Geh. Legationsrath mit dem Range der Räte erster Klasse ernannt worden. Ferner wurden der Contreadmiral Hollen zum Direktor des Marineabtheilungsamts im Reichsmarineamt und Kapitän Hoffmann zum Vorstände des Hydrographischen Amtes ernannt.

— Heute Nachmittag trat der Bundesrath zu einer Plenarsitzung zusammen. Vorher tagten die vereinigten Ausschüsse für Justizwesen und für Elsaß-Lothringen, sowie die vereinigten Ausschüsse für Handel und Verkehr und für Justizwesen.

— Wie das Wiener „Fremdenblatt“ mittheilt, ist heute die erste Lesung desjenigen Theils vom Handelsver-

in der edlen Anmuth holder Weiblichkeit läßt sich nicht bezau-bernder und zugleich reiner und feuchter wiedergeben, als es hier gesehen ist. Besonders hoch ist aber auch das in unserer Zeit immer seltener werdende Talent für schönen Aufbau, für Rhythmus und Geschlossenheit der Komposition, für anmuthige Linienführung zu schätzen. Von welcher Seite man die Gruppe betrachten mag, überall bietet sie bei stets neuen Linienspielen denselben Reiz eines fein abgewogenen Aufbaues und eines überaus glücklichen Linienflusses. Wenn man überlegt, was dazu gehört, eine solche Komposition zu schaffen und mit solchem Schönheits-sinn und Naturgefühl durchzuführen, so muß man den Künstler, der sich mit diesem Werk einen Ehrenplatz unter den Meistern seines Faches gesichert hat, den Tribut der wärmsten Anerkennung entrichten.

Zur vollen Wirkung für ein solches Werk gehört eine angemessene Anstellung. Selten hat ein öffentliches plastisches Werk in dieser Hinsicht so viel Glück gehabt. Es durfte nicht auf einer Straße oder einem ästhetischen Platz aufgestellt werden. Es gehört mitten in die Natur hinein, als deren vollkommene Blüthe es herauswachsen muß. Und so ist es in der herrlichen Umgebung des Erbprinzengartens, mitten in dem reizvoll angelegten Teich mit seiner phantastischen Einfassung von Granitblöcken, die für sich schon das Auge zu fesseln und immer wieder auf die edlen Gebilde des Menschengeistes hinzuweisen vermögen, welche die Krone der Schöpfung sind. Wäre die Gruppe in Wien oder Berlin aufgestellt, sie würde allgemeinen Enthusiasmus erregen. Karlsruhe darf stolz auf eine solche Verschönerung seiner äußeren Erscheinung sein, denn Berlin und Wien und manche andere große Städte, die nichts Aehnliches aufzuweisen haben, dürfen uns um dieses Festes willen beneiden. Dem ausgezeichneten Künstler aber, der dies Werk geschaffen, darf man von Herzen wünschen, daß ihm daraus diejenige Anerkennung und Förderung erwachsen möge, die er so sehr verdient.

* Berlin, 11. Juni. (Hohenzollern-Museum.) In dem dritten, dem Andenken Kaiser Wilhelm I. gewidmeten Zimmer des Hohenzollern-Museums ist, wie die „N. A. Z.“ berichtet, jetzt in der zunächst dem Eingange zum Gedächtniszimmer Kaiser Friedrichs belegenen Fensterräume ein Schreibtisch von schlichter Form aufgestellt. Es ist dies ein aus Buchenholz gearbeiteter, an den Seiten mit verschleißbaren Schubfächern versehener Schreibtisch, an dem Generalfeldmarschall Graf Moltke als Chef des Großen Generalstabs der preussischen Armee im Generalstabsgebäude seit seiner Verheirathung im Jahre 1841 bis zu seinem Tode fast ausschließlich gearbeitet hat. Die Zeit von 50 Jahren ist an diesem Möbel allerdings nicht spurlos vorübergegangen, es läßt vielfach Benutzung erkennen; namentlich zeugt davon die mit schwarzem Leder überzogene Platte, die an einzelnen Stellen, besonders da, wo die Arme beim Schreiben aufliegen, gänzlich durchgerieben ist. Zum Schutz dieser Platte hat das Museum eine Glascheibe, die die ganze Fläche bedeckt, darüber legen lassen. Das Hohenzollern-Museum verdankt diese historisch werthvolle Bereicherung dem Major v. Moltke. Der Zufall hat es gefügt, daß in unmittelbarer Nähe des Möbels der kostbare Boule Tisch, welcher aus dem Brande des Schlosses St. Cloud gerettet wurde und an dem Napoleon III. im Juli 1870 die Kriegserklärung gegen Preußen unterzeichnete, sich befindet. Graf Moltke gehörte zu den häufigen Besuchern des Hohenzollern-Museums; er befandete in letzter Zeit sein Interesse für das Museum durch Ueberweisung seiner von dem Bildhauer Bruno Kruse im Dezember 1888 nach der Natur modellirten Büste, die wegen ihrer sprechenden Aehnlichkeit lebhaften Beifall findet. Außer dem Vorkubild des Generalfeldmarschalls, von Seiffert gemalt, welches ihn als General der Infanterie darstellt, hat eine Photographie unter Glas Aufstellung auf seinem Arbeitstisch gefunden, die ihn, im Generalstabsgebäude arbeitend, zur Veranschaulichung bringt.

trage mit der Schweiz, der den Tarif betrifft, beendigt worden.

— Im „Reichsanzeiger“ wird das Gesetz, die Besteuerung des Zuckers betreffend, veröffentlicht.

— Die Neuwahl zum Reichstag im Wahlkreise Tilsit-Niederung (für den verstorbenen Oberpräsidenten v. Schlieffmann) ist auf den 28. Juli anberaumt.

— In der heutigen Sitzung des preussischen Abgeordnetenhauses ergriff, wie in Kürze schon telegraphisch gemeldet wurde, der Ministerpräsident v. Caprivi das Wort, um sich zu dem Antrage Richter hinsichtlich der Getreidezölle zu äußern. Der Antrag enthält den Wunsch, die Staatsregierung möge dem Landtag das Material vorlegen, auf Grund dessen sie zu dem Beschlusse gelangt ist, eine vorübergehende Herabsetzung des Getreidezolles nicht zu befürworten. Die Äußerungen des Ministerpräsidenten lauteten nach einem Berichte der „Königlichen Zeitung“: „Im Namen der Staatsregierung richte ich an das Haus das Ersuchen, das hohe Haus wolle den Antrag ablehnen. Ich habe das Ersuchen des Antrages erwartet. Derselbe hat nur den Zweck, über meine neuliche Rede weiter zu debattieren. Dies halte ich für zwecklos. Was zu sagen war, habe ich gesagt, die Sachlage hat sich seitdem nicht geändert. Die inzwischen eingegangenen weiteren Mittheilungen, welche der Regierung vorliegen, haben den von ihr bisher eingenommenen Standpunkt noch weiter gestützt und gerechtfertigt. Die Staatsregierung hat schon Ende April die Frage erwogen, ob und wie weit ein Nothstand vorliege oder drohe. Die Regierung hielt damals die Sache noch nicht für spruchreif. Hätte sie über ihre damaligen Untersuchungen etwas veröffentlicht, so würde sie nur eine Hausseebewegung hervorgerufen haben, was sie gerade vermeiden wollte. Nur die gesteigerte Agitation im Lande bewog uns, aus unserer Reserve herauszutreten. Wir erweiterten unsere Erhebungen und theilten ihre Ergebnisse dann am 1. Juni mit. Unser Material beruht auf offiziellen Mittheilungen, die allerdings auch nur auf Schätzungen einzelner sich stützen. Wir würden wohl beweisen können, daß dieses Material sehr werthvoll ist, wir sind aber nicht in der Lage, die Namen der Personen zu nennen, welche das Material geliefert haben. Weil wir künftig nie wieder diese Personen, welche uns berichtet haben, heranziehen könnten, ebenso wenig können wir Konsuln und andere Organe des Auslandes namhaft machen. Zahlen und nähere Angaben können wir nicht anführen. Wir können ja doch unsere Gegner nicht überzeugen. (Unruhe.) Wir müßten daher den Gegenstand des Antrages ablehnen. Wir wünschen lebhaft, daß durch die Debatte die Lage nicht verschlimmert werde, wir sind uns bei unserem Borgehen der Verantwortung für unser Verhalten vollkommen bewußt, wir möchten aber wünschen, daß sich diejenigen, welche diese Debatte anregen, doch vergegenwärtigen, wie groß der Schaden sein kann, den solche Debatten zur Folge haben könnten.“ Die Rede des Ministerpräsidenten wurde auf der rechten Seite des Hauses mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Dann befuhrwortete der Abg. Richter seinen Antrag, den er im Interesse des Volkswohls und der Aufklärung des Volks über die Stellung der Regierung zu der Getreidezollfrage für notwendig erachtet. Die Forderung weiterer Auskunft über das Material der Regierung sei durchaus berechtigt. Der Redner wünscht Auskunft über die Erntestatistik von 1890, worüber noch kein Wort veröffentlicht sei; mit diesen Mittheilungen könne kein Schaden hervorgerufen werden. Eine Erfüllung dieser Forderung wäre bereits ein werthvolles Ergebnis dieser Debatte. In der Rednerliste sind 13 Redner gegen, 4 für den Antrag eingeschrieben. Eröffnet wurde die Debatte durch den freikonservativen Frhrn. v. Erffa. Derselbe sprach gegen den Antrag. Der Landwirtschaftsminister Frhr. v. Heyden wendete sich gegen die Rede Richters und verbreitete sich über die Aufnahme der Erntestatistik; er betonte die Schwierigkeit, diese in vollem Umfange zu veröffentlichen. Richter griff heftig die Getreidezölle an, die er als „Kunstprodukt einer wüsten Agitation“ bezeichnet. Seine Agitation und die seiner Freunde werde nicht aufhören, bis die Getreidezölle gefallen seien. Der Ministerpräsident v. Caprivi erwiderte die Ausführungen Richters. Er erklärte, er wolle auf den merkwürdigen Ton des Vorredners nicht eingehen und nur feststellen, daß im Staatsministerium keine Meinungsverschiedenheit gewesen sei. Richter habe die Vertrauensmänner der Regierung maßlos angegriffen, aber das entspreche seiner Taktik, alle Leute mit abweichender Meinung schlecht zu behandeln. Er (der Minister) müsse seine Gewährsmänner dagegen in Schutz nehmen, daß sie minderwerthiger seien, als die Gewährsmänner der „Freie. Zeitung“. Frhr. v. Huene (Centrum) wandte sich ebenfalls gegen Richter, sowie gegen den Antrag überhaupt. Nach kurzer Erwidrerung Richters vertagte das Haus die weitere Berathung auf morgen.

— Die verstärkte Agrarkommission des preussischen Abgeordnetenhauses ist über die Anträge auf Verwendung der für die Ueberschwemmungen des Jahres 1888 bewilligten Mittel auch zur Befestigung der Hochwasserfäden aus den Jahren 1889–91 zur Tagesordnung übergegangen, da die Regierung erklärt hatte, zunächst zu diesem Zwecke keiner außerordentlichen Mittel zu bedürfen. Dagegen hat sie die Aufforderung ausgesprochen, eine andere Organisation des Wasserbauwesens unter Zusammenfassung zu einer einheitlichen Behörde in Erwägung zu nehmen.

— Für die Einführung des gestern veröffentlichten und am 1. Oktober d. J. in Kraft tretenden Gesetzes betreffend den Schutz von Gebrauchsmustern sind noch einige Vorarbeiten nöthig. Aus dem Gesetze ergibt sich eine ganze Reihe von Aufgaben für das Patentamt, die Entgegennahme der Anmeldungen von Modellen, die

Führung der Musterrolle, der Schriftwechsel mit den Interessenten, die Unterbringung und Beaufsichtigung der Modelle, die Herbeiführung der Veröffentlichungen u. a. m. Ueber die zur Durchführung dieser Aufgaben nöthige Einrichtung des Patentamtes muß Bestimmung getroffen werden. Es wird eine Abtheilung für das Gebrauchsmusterverwesen eingerichtet werden, welche einem technischen Beamten unterstellt werden wird. Für die weiteren darin zu beschaffenden Kräfte sind die Befolgungen bereits im Nachtragsetat für 1891/92 bewilligt worden. Alle diese auf die Einrichtung und den Geschäftsgang des Patentamtes bezüglichen Bestimmungen werden durch kaiserliche Verordnung getroffen werden. Außerdem aber ist es nöthig, daß das Patentamt selbst Vorschriften über die näheren Erfordernisse erläßt, welche bei der Anmeldung der Modelle zu beachten sind, dem Vernehmen nach ebenso wie die zu den Ausführungsverschriften für das Patentgesetz resp. zur Abänderung derselben schon längere Zeit im Gange; einige, welche den Bundesrath angehen, dürften denselben vielleicht schon in naher Zeit beschäftigen.

— Die „Post“ druckt folgende Mittheilung der „Polit. Korresp.“ ab: „Wie uns von unterrichteter Seite aus Berlin gemeldet wird, ist bezüglich einer neuen Regelung der handelspolitischen Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland seit mehreren Monaten kein wie immer gearteter diplomatischer Schritt unternommen worden und sei auch kaum anzunehmen, daß in dieser Beziehung bald eine Aenderung eintreten werde.“

— Nachdem gestern in Konstantinopel die Freilassung der Entführten von Tschertes-Keni bekannt geworden war, ließ der Sultan dem deutschen Botschafter v. Radowitsch seine Genugthuung über dieses freudige Ereigniß ausdrücken. Der erste Dragoman der deutschen Botschaft überbrachte den Dank des Herrn v. Radowitsch für die ausgesprochene Gefinnung.

— Die zu den Frühjahrsübungen des Gardecorps kommandirten drei österreichischen Offiziere lehrten in diesen Tagen in ihre Heimath zurück, zuerst nach Wien, wo sie sich beim Kaiser zu melden haben, und dann in ihre Garnison. Sie nehmen, nach ihren Aussagen, die besten Eindrücke mit fort, sowohl was die von ihnen beobachteten Leistungen unserer Truppen betrifft, als auch von dem heftigen Entgegenkommen und der herzlichen Aufnahme, die sie hier in militärisch-offiziellen wie in kameradschaftlichen Kreisen gefunden haben. Seine Majestät der Kaiser nahm wiederholt Gelegenheit, die österreichischen Herren auszuzeichnen; sie waren mehrmals zur Postafel geladen und nach der Berliner Parade auch dekorirt worden.

— München, 11. Juni. Seine Königliche Hoheit der Prinz-Regent hat das Abschiedsgesuch des Kommandanten der Residenzstadt München, General der Infanterie Ritter v. Wirthmann, genehmigt. Der Prinz-Regent hat unter Hervorhebung seines Dankes für die Dienste, welche der General während seiner langjährigen militärischen Laufbahn und im Besonderen auch in seiner gegenwärtigen Dienststellung ihm und der Armee geleistet habe, ihm das Großkreuz des Verdienstordens vom heiligen Michael verliehen. Zum Nachfolger des Generals von Wirthmann als Kommandanten Münchens hat der Prinz-Regent den Generalmajor und Kommandeur der 3. Kavalleriebrigade, Freiherrn von Steinling zu Boden und Stainling, unter Beförderung zum Generallieutenant ernannt.

— Stuttgart, 11. Juni. Die Wiedergenesung Seiner Majestät des Königs schreitet in erfreulicher Weise fort. Heute konnte höchsterseits sich zum erstenmal seit seiner Erkrankung wieder auf die Villa begeben. Gestern Abend empfing Seine Majestät den Präsidenten des Staatsministeriums, Frhrn. v. Wittnath; heute und in den nächsten Tagen wird der Monarch auch die übrigen Staatsminister empfangen.

Oesterreich-Ungarn.

— Wien, 11. Juni. Es ist in diesen Tagen ein Jahrzehnt verflossen, seit der Feldzeugmeister Frhr. v. Beck an die Spitze des österreichisch-ungarischen Generalstabs berufen wurde. Diese zehnjährige Wirksamkeit des Generalstabschefs ist von Seiner Majestät dem Kaiser Franz Josef in einem sehr gnädigen Handschreiben an den Jubilar anerkannt worden. In dem Handschreiben spricht der Monarch seine besondere Zufriedenheit und Dankbarkeit für die Verdienste des Frhrn. v. Beck um die kriegstüchtige Ausgestaltung der gesamten Wehrkraft und um das Wohl der Monarchie aus. Das Schreiben schließt mit der Versicherung des Vertrauens und dem Wunsche, daß dem Jubilar noch eine lange schaffensfreudige Wirksamkeit vergönnt sein möge. — Der Budgetausschuß des Abgeordnetenhauses genehmigte das Finanzgesetz, sowie den von dem Hauptberichterstatler Bilinsky erstatteten Bericht, nach welchem der Ueberschuß 3 798 524 fl. beträgt, während in dem Regierungsentwurf nur 2 285 624 fl. vorgezogen sind. Der Bericht konstatiert, daß das Budget ein günstiges sei; unter Hinzurechnung der zur Schuldentilgung zu verwendenden 4 Millionen Gulden betrage der Ueberschuß eigentlich 7 798 524 fl. Im Hinblick auf die voraussichtliche Vermehrung der Ausgaben warnt der Bericht aber vor Optimismus und weist auf die Nothwendigkeit einer Steuerreform und der Valutaregulirung hin. Bei der Berathung über den Antrag des Abg. Plexer betreffs Aufhebung des außerordentlichen Zuschlags der kleinen Steuerzahler erklärte der Finanzminister, das Budget für 1891 könne wegen der im nächsten Jahre vorausszusehenden Ausfälle als Maßstab für die Finanzen nicht angesehen werden. Im Falle der Annahme des Antrags Plexer sei ein weiteres Sinken der Einnahmen um 1 400 000 fl. zu erwarten, was nicht gerechtfertigt wäre. Die Finanzverwaltung arbeite an einer Steuerreform und werde hierbei

jedenfalls auch die Steuererleichterung der kleinen Gewerbetreibenden in Erwägung ziehen.

Italien.

— Rom, 11. Juni. Die äußerste Linke beschloß, bei der Kammer die Herabsetzung der Getreidezölle von 5 auf 3 Francs zu beantragen; man glaubt aber, daß der Antrag bei der Kammermehrheit keine Zustimmung finden wird.

Frankreich.

— Paris, 11. Juni. Für die guten Beziehungen zwischen der französischen Republik und dem Sultankan sind die Reden bezeichnend, die gestern bei der Ceremonie der Baret-Üeberreichung an den Nuntius Rotelli zwischen dem Letzteren und dem Präsidenten Carnot gewechselt worden sind. Das „Journal officiel“ theilt heute den Wortlaut dieser Reden mit. Rotelli sprach seine Dankbarkeit für den Präsidenten Carnot, das französische Volk und den französischen Episkopat aus und erklärte schließlich, die Gesetze des Päpstlichen Stuhles und Frankreichs blieben unauf löslich. Herr Carnot hob den Takt und die Mäßigung hervor, von denen Rotelli während seiner Nuntiaturl Beweise gegeben habe; er beglückwünschte sich in dem Gedanken, daß das Kardinalkollegium einen Vertreter einer aufgeklärten Politik mehr haben werde, einer Politik, welche stets die Rechte des Staats sorgfältig beachtet und gewissenhaft um die Interessen der modernen Gesellschaft sich kümmere; dagegen werde sicher die stiltliche friedensbringende Mission der Kirche die schuldigen Rücksichten erfahren. — Hinsichtlich der Ermäßigung des Getreidezolles ist in den französischen Kammern noch nicht das letzte Wort gesprochen. Der Beschluß der Kammer hatte dahin gelautet, daß die Herabsetzung des Zolles auf 3 Francs für Getreide und auf 6 Francs für Mehl vom 1. August d. J. bis zum 1. Juni 1892 stattfinden soll. Diesen Beschluß änderte der Senat dahin ab, daß die Herabsetzung sofort nach Verkündigung des Gesetzes eintreten und am 15. April 1892 aufhören soll. Die Vorlage mußte also an die Kammer zurückgehen und kam hier heute zur nochmaligen Berathung. Abgeordneter Tenier beantragte die Wiederherstellung des Kammerbeschlusses. Der Berichterstatter Vigier sprach im Gegensatz zu Tenier für die Fassung des Senats, da die Ernte überaus mittelmäßig sei. Bei der Abstimmung beschloß das Haus mit 293 gegen 235 Stimmen, an dem 1. August festzuhalten, so daß das Gesetz jetzt zum zweiten Male dem Senat vorgelegt werden muß. — In Paris sträubt man sich, an die Wahrheit des Gerichts zu glauben, dem zufolge die französische Expedition nach dem Tschad-See umgekommen sei. Das „Siecle“ theilt mit, daß Drahtmeldungen, die ihm gestern aus Brazzaville und Loanga zugegangen, nichts von einem solchen Bericht erwähnen.

Niederlande.

— Haag, 11. Juni. Nach den bisher vorliegenden Ergebnissen der allgemeinen Kammerwahlen haben die Liberalen fünf Sitze, vier von den „Antirevolutionären“ und einen von den Konservativen, gewonnen. Haag, bisher durch zwei Antiliberalen und einen Liberalen vertreten, hat diesmal drei Liberale gewählt. In Amsterdam haben alle liberalen Kandidaten gesiegt. Eine Stichwahl wird zwischen dem Sozialistenführer Nieuwenhuis und einem Radikalen stattfinden; zwei andere Stichwahlen haben die Radikalen mit Liberalen zu bestehen. Aus acht Bezirken steht das Resultat noch aus. Wenn in liberalen Blättern auf Grund der vorliegenden Wahlergebnisse schon die Erwartung eines Kabinetwechsels ausgesprochen wird, so dürfte doch vor Allem das definitive Wahlergebnis abzuwarten sein. Da die Zweite Kammer der Generalstaaten aus 86 Mitgliedern besteht, bisher aber erst ungefähr 30 verschiedene Wahlsiege der Liberalen bekannt sind, während sie in einer Anzahl von Wahlbezirken erst noch in Stichwahlen mit meist radikalen Gegnern zu kämpfen haben, ist eine absolute Majorität noch nicht vorhanden.

Portugal.

— Lissabon, 11. Juni. Es verlautet, die Regierung werde nach Schluß der Cortes den wegen politischer Vergehen Verurtheilten eine Strafmilderung gewähren. — Heute wurde das englisch-portugiesische Abkommen hier unterzeichnet.

Großbritannien.

— London, 11. Juni. In den „Times“ ist übereinstimmend mit dem oppositionellen Blatte „Daily News“ zu lesen, daß es in wohlinformirten Kreisen Londons verlautet, die englische Regierung trage sich ernstlich mit dem Gedanken, dem im letzten Jahre gegebenen Beispiel hinsichtlich einer Winter Session des Parlaments auch in diesem Jahre wieder zu folgen. Einige Minister hoffen zwar, mit der Erziehungsbill, wie mit den anderen unerledigten Vorlagen früh genug fertig zu werden, um die Vertagung des Hauses gegen Ende Juli zu ermöglichen. Aber mit Rücksicht auf die Wichtigkeit verschiedener für die nächste Session beabsichtigter Gesetzentwürfe heißt es, daß das Cabinet entschieden für einen Wiederausammentritt des Parlaments nicht später als im November ist. Die Wiederholung von dem Minister Smith ausgesprochene Hoffnung, das Parlament Ende Juni vertagt zu sehen, hat, zusammen mit dem erwähnten Bericht, den Glauben hervorgerufen, daß die Volkshulvorlage bis nach dem Wiederausammentritt des Hauses zurückgelegt werden würde, falls man es versuchen sollte, dem Fortschritt der Vorlage Hindernisse in den Weg zu legen. — Der Streik der Omnibusbedienten in London dauert noch immer fast unverändert fort. Er veruracht dem Publikum viele Ungelegenheiten und einer Reihe von Geschäften, besonders aber den Theatern und anderen Vergnügungspätzen, pekuniäre Nachteile. Die Führer-

